

Wachstum in den kommenden Jahren gedämpft

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2017

Nach der Wachstumsdelle im Jahr 2012 entwickelt sich die heimische Wirtschaft auch mittelfristig nur wenig dynamisch. Der höchste BIP-Zuwachs innerhalb des Prognosezeitraumes 2012/2017 wird für 2015 erwartet, er fällt mit 2% aber gering aus. Maßgeblich für die gedämpfte Entwicklung sind sowohl externe (anhaltende Konjunkturschwäche im Euro-Raum) als auch heimische Faktoren (mäßiges Konsumwachstum durch steigende Sparneigung der privaten Haushalte). Die Expansion wird nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Inflationäre Tendenzen sind mittelfristig unwahrscheinlich. Die öffentliche Hand setzt ihren mäßigen Konsolidierungskurs fort.

Die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 um 1,7% wachsen. Gegenüber der mittelfristigen Prognose des WIFO aus dem Vorjahr bleibt das prognostizierte Konjunkturmuster unverändert. Am Szenario eines mäßigen Aufschwunges 2013 und 2014, dem ein wenig ausgeprägter Wachstumshöhepunkt 2015 folgt, wird auch in der vorliegenden Prognose festgehalten.

Die relative Schwäche der mittelfristigen Wirtschaftsdynamik ist sowohl auf heimische Faktoren (Dämpfung des Konsums durch steigende Sparneigung) als auch auf internationale Effekte zurückzuführen. Eine maßgebliche Rolle spielt die flauere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum.

Während sich die Wirtschaft im Durchschnitt des Euro-Raumes in den kommenden Jahren sehr schwach entwickeln wird, ist für Österreich – trotz des im langfristigen Vergleich geringen Wachstums – eine etwas bessere Tendenz zu erwarten. Dieser Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes resultiert aus der robusten und exportorientierten Wirtschaftsstruktur, dem hohen Spezialisierungsgrad in wissensintensiven Branchen sowie den relativ hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung und wird auch mittelfristig erhalten bleiben. Zudem sind die Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Hand in Österreich deutlich geringer als in einigen anderen Euro-Ländern.

Die prognostizierte Entwicklung von Beschäftigung und Reallöhnen wirkt sich stabilisierend auf die verfügbaren Haushaltseinkommen aus, die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand dämpfen die Einkommen etwas. Der private Konsum wird sich über den Prognosezeitraum jedoch schwächer entwickeln als die verfügbaren Einkommen, weil die privaten Haushalte vermehrt sparen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2002/ 2007	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9
Nominell	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,7	4,3	4,5	4,3	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,9	6,8	7,4	7,0	7,4	7,4	7,4	7,4	7,2
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,4	4,2	3,9	3,4	3,7	4,0	3,8	3,9	4,0
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 3,0	- 1,4	- 3,1	- 2,6	- 2,0	- 1,3	- 0,8	- 0,4
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,9	9,3	8,1	7,5	7,6	7,9	8,0	8,4	8,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – 2) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – 3) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 4) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Die Exporte werden bis zum Jahr 2017 real um durchschnittlich 5,2% pro Jahr zunehmen. Die Ausweitung der Ausfuhr zieht mit gewisser Verzögerung eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen nach sich. Während die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der abnehmenden Unterauslastung der Kapazitäten kräftiger anziehen werden, dämpft vor allem die geringe Nachfrage nach Bauinvestitionen das Gesamtvolumen der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bauinvestitionen erreichen hingegen ihren Wachstumstiefpunkt erst 2013. Die Finanzierungsbedingungen bleiben über den gesamten Prognosezeitraum günstig.

Trotz des verhaltenen Konjunkturaufschwunges wird die Beschäftigung ausgeweitet. Gleichzeitig wächst jedoch das Arbeitskräfteangebot merklich. Es steigt noch bis 2014 stärker als die Nachfrage, die Zahl der Arbeitslosen nimmt daher weiter zu. Danach erhöhen sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Gleichklang, sodass sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen nur mehr geringfügig ändert und 2017 wieder bei etwa 282.000 liegt. Die Arbeitslosenquote erreicht 2013 mit 7,4% ihren bisher höchsten Wert und wird mittelfristig auf diesem Niveau verharren, eine Verringerung zeichnet sich erst am Ende des Prognosezeitraumes ab.

Nach einem Rückgang der Rohölnotierungen 2013 wird in den folgenden Jahren wieder mit einem mäßigen Preisanstieg gerechnet. Die mittelfristige Verteuerung von Rohstoffen schlägt sich auch in den Preisen von Intermediär- und Fertigprodukten nieder, sodass die Importpreise ab 2015 wieder anziehen. Der heimische Preisdruck bleibt aufgrund der mäßigen Lohnentwicklung und der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten gering, sodass die Verbraucherpreise mittelfristig nur um etwa 2,1% steigen.

Das in den vergangenen Jahren mehrfach revidierte fiskalpolitische Regelwerk der EU verpflichtet Österreich zu einer substanziellen Verbesserung der Budgetsalden und zu einer Verringerung der Staatsschuldenquote. Gemäß dem Verfahren wegen übermäßigen Defizits, dem Österreich seit 2009 unterliegt, sollen die Defizitquote (Maastricht-Defizit) bis 2013 unter 3% des BIP verringert, das konjunkturbereinigte (strukturelle) Defizit zwischen 2011 und 2013 um 0,75% des BIP p. a. gesenkt sowie ein Rückgang der Schuldenquote erreicht werden. Das gesamtstaatliche Defizit wird im Prognosezeitraum schrittweise von 3,1% (2012) auf 2,6% im Jahr 2013 und 0,4% des BIP im Jahr 2017 gesenkt.

Wien, am 23. Jänner 2013

Rückfragen bitte am 25. Jänner 2013 zwischen 9 und 13 Uhr an

Dr. Serguei Kaniovski, Tel. (1) 798 26 01/231, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at,

Stefan Schiman, MSc, Tel. (1) 798 26 01/234, Stefan.Schiman@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 1/2013.